

Geheimoperation Aleppo: die geheime Beteiligung der DDR am Oktober-Krieg 1973

Autor: Stefan Meining, report MÜNCHEN, Bayerischer Rundfunk Stand: 06.10.2008

Dokumente aus dem ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, abgekürzt SED, der Nationalen Volksarmee der DDR, abgekürzt DDR sowie Aussagen bislang unbekannter Zeitzeugen belegen erstmals die Beteiligung der Deutschen Demokratischen Republik an der sogenannten Oktober- oder auch Yom-Kippur-Krieg genannten militärischen Auseinandersetzung Israels mit den arabischen Staaten im Herbst 1973.

Laut diesen schriftlichen und mündlichen Quellen schickte die DDR auf Wunsch des damaligen syrischen Staatschef Hafez al-Assad unter Bruch des geltenden Kriegsvölkerrechtes im Oktober 1973 mit sowjetischer Hilfe in großem Umfang Waffen wie auch militärisches Personal der Nationalen Volksarmee, abgekürzt NVA, in einer Geheimoperation nach Syrien.¹

Die Unterlagen aus dem Parteiarchiv zeigen zudem, dass die DDR dank ihrer ausgezeichneten Beziehungen mit der damaligen Vereinigten Arabischen Republik (Ägypten) und Syrien früh über die Kriegsplanungen der beiden arabischen Länder informiert war.

Die Entscheidung Syrien zu unterstützen, fiel in der DDR auf höchster Ebene. Dreh- und Angelpunkt dieses selbst in Expertenkreisen weithin unbekanntes Kapitels des Kalten Krieges war der damalige 1. Sekretär der SED, Erich Honecker.

Die ostdeutsch-arabischen Beziehungen am Vorabend des Oktober-Krieges 1973

Erich Honecker (1912-1994) war von 1971 bis zu seinem Sturz im Oktober 1989 die alles bestimmende Führungspersonlichkeit der SED-Staatspartei in der DDR. Bereits in der Ära Walter Ulbricht war Honecker als Sekretär des Zentralkomitees der SED für Sicherheitsfragen immer wieder mit Fragen des Nahostkonfliktes konfrontiert worden. Dabei setzte Erich Honecker die einseitig proarabische Nahostpolitik seines Vorgängers fort. Ohne Zweifel war Erich Honecker seit 1971 die treibende Kraft, wenn es galt die militärische Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten weiter voranzutreiben.

Ein Beleg für diese Politik war der Brief Erich Honeckers an den neuen ägyptischen Staatschef, Anwar el-Sadat im November 1971: Honecker schrieb, „dass es für unsere Völker von Nutzen ist, wenn sich nunmehr auch die militärischen Beziehungen zwischen der Arabischen Republik Ägypten und der Deutschen Demokratischen Republik enger gestalten.“²

Strategisches Ziel dieser ebenso ideologisch wie auch realpolitisch begründeten DDR-Außenpolitik bestand zunächst vor allem darin, die Anerkennung des zweiten deutschen Staates in der arabischen Welt voranzutreiben. Mit den steigenden Ölpreisen kamen verstärkt wirtschaftliche Interessen hinzu. Die erheblichen Wachstumsraten der ostdeutschen Wirtschaft und die internationale Anerkennung der DDR in den frühen 70er Jahren schufen Honecker ein sicheres Fundament für seine Arabienpolitik. Rückhalt in Moskau garantierte

¹ Bislang liegt zu dem Sachverhalt lediglich der Zeitungsartikel von Michael Behrens, Art.: „Geheimer Flug nach Syrien“, in: *Rheinischer Merkur*, 13.11.1992, sowie einige, teilweise widersprüchliche Veröffentlichungen im Internet vor. Siehe: <http://home.snafu.de/veith/syrien.htm>. Ein knapper Absatz in einem Fachbuch sowie Fachartikel in der Zeitschrift *Fliegerrevue* widmeten sich ebenfalls dieser geheimen Operation. Dietbert Lang, Horst Materna: *Der Flugplatz Neuhardenberg-Marxwalde-Neuhardenberg. Vom geheimen Einsatzhafen des Dritten Reichs zum Regierungsflughafen der DDR*, Verlag Willmuth Arenhövel, Berlin 2004, S. 45 u. 50.

² Erich Honecker an Anwar el-Sadat, 15.11.1971. SAPMO-BA ZPA J IV J/6.

Leonid Breschnew. Auch Außenminister Andrej Gromyko schätzte „die DDR, die SED und Genossen Honecker persönlich wegen der Prinzipienfestigkeit und der Beweglichkeit ihrer Politik, wegen des hohen Niveaus des Verstehens der Aufgaben.“ All das erfüllte die Sowjetunion „mit großer Genugtuung.“³

Bezüglich seines Machtwillens ließ Honecker keinerlei Zweifel aufkommen. Wenige Wochen nach dem Sturz seines Vorgängers Walter Ulbricht ließ sich Honecker vom SED-Politbüro auch zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR wählen.⁴ Damit sicherte sich Honecker zusätzliche Entscheidungsgewalt für die DDR-Militärpolitik. Der erste Sekretär des ZK der SED, war nun für die Vorbereitung aller Fragen des Politbüros zuständig; er würde die Sitzungen leiten, sowie die operativen und alle laufenden Fragen der Tätigkeit des ZK der SED entscheiden. Mit der Vollmacht des Politbüros vom 22. Juni 1971 konzentrierte sich die gesamte Macht der SED in den Händen des 1. Sekretärs Erich Honecker.⁵

Vor diesem machtpolitischen Hintergrund musste auch die Politik der DDR unter Honecker am Vorabend des Oktober-Krieges betrachtet werden. Ohne Zweifel bildete der Nahostkonflikt trotz der Beendigung des sogenannten israelisch-arabischen Zermübungskrieges am Suez-Kanal im August 1970 nach wie vor eine besondere Herausforderung für die Kontrahenten des Kalten Krieges auf westlicher wie östlicher Seite. Aktenfunde im zentralen SED-Parteiarchiv zeigten hierbei, wie gut die DDR-Staatsführung über die Entwicklungen auf arabischer Seite informiert war.

Im März 1971 empfing beispielsweise der Vizepräsident der VAR, Ali Sabri, eine DDR-Delegation. Sabri ließ die Ostdeutschen wissen, die Möglichkeiten einer politischen Lösung wären erschöpft, „die VAR müsse zu militärischen Aktionen übergehen. Dabei sei nicht an einen totalen Krieg gedacht, der auf die Vernichtung Israels zielt, sondern auf eine begrenzte Aktion auf der Halbinsel Sinai (bis zu 40 km tief auf dem Ostufer des Suez-Kanals).“⁶

Eine solch begrenzte militärische Operation würde einerseits eine neue, für die VAR günstigere Lage schaffen, und könnte zudem „vor einem Eingreifen der Großmächte im wesentlichen durchgeführt sein“. Damit würde auch „die Gefahr der Ausweitung in einen Weltkrieg“ vermindert werden. Die politischen Vorteile eines begrenzten Krieges lägen auf der Hand: „Ein Zurückwerfen der Israelis vom Suez-Kanal würde die Position der VAR verbessern und es den Israelis auf längere Sicht unmöglich machen, die okkupierten Gebiete zu halten. Auch die Aussichten auf eine friedliche Lösung seien dann wesentlich günstiger.“⁷

In der Tat erklärte Sabri mit seinen überraschend offenen Äußerungen die Vorgehensweise von Staatspräsident Anwar el-Sadat während und vor allem nach dem Oktober-Krieg. Ähnlich äußerte sich der syrische Botschafter, Abdel Halim Khaddam, im Juli 1971 in der DDR. Syrien hielt eine Konfrontation mit Israel auf allen Gebieten für erforderlich. Eine Lösung des Nahostkonflikts, so der syrische Spitzendiplomat, wäre „nur durch Krieg möglich.“⁸ Indirekt deutete Khaddam seinen ostdeutschen Gesprächspartner zudem an, dass die Planungen für einen neuen Nahost-Krieg bereits voll im Gange waren. Eine politische Lösung des Konflikts würde zu lange dauern und zwangsläufig zum Sturz der „progressiven Regime im Nahen Osten führen.“ Deshalb bestünde mit der VAR und Libyen die

³ Abt. Internationale Verbindungen der SED, Ausführungen des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko, 05.06.1972. 06.06.1972. SAPMO-BA ZPA IV 2/2.035/55.

⁴ Reinschriftenprotokoll des PB, 22.06.1971. SAPMO-BA ZPA J IV 2/2/1342.

⁵ Ibid.

⁶ Bericht über die Tätigkeit der Delegation des ZK der SED vom 25.03. bis 31.03.1971 in der VAR. Arbeitsprotokoll des PB, 30.03.1971. SAPMO-BA ZPA J IV 2/2A/1507.

⁷ Ibid.

⁸ Bericht über den Besuch des syrischen Außenministers, Abdel Halim Khaddam, in der DDR vom 15.-18.07.1971. Arbeitsprotokoll des PB, 31.08.1971. SAPMO-BA ZPA J IV 2/2A/1534.

Übereinstimmung, „dass die politische Lösung in eine Sackgasse geraten und die militärische ‘Konfrontation’ notwendig“ wäre.

Im Gegensatz zum sehr pragmatisch argumentierenden Sabri, dachte Khaddam dabei nicht an einen begrenzten Konflikt mit Israel. Die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates lehnte Syrien ab. Zudem bekräftigte Khaddam die bekannte Position seiner Regierung, dass Syrien „weiterhin die Liquidierung des Staates Israel anstrebt und daher den Rückzug der israelischen Truppen von den 1967 okkupierten arabischen Gebieten nicht für ausreichend hielt.“

Laut Gesprächsvermerk übten weder DDR-Außenminister Otto Winzer noch der Vorsitzende des DDR-Ministerrates und stellvertretende Vorsitzende des Staatsrats, Willi Stoph, Kritik an den syrischen Kriegsplanungen, die letztendlich eine Vernichtung des Staates Israel zum Ziel hatten. Im Gegenteil: Laut Protokoll führte Stoph mit Khaddam auch einen „Meinungsaustausch über Fragen des nichtzivilen Bereichs“. Danach forderte Syrien Waffen zur Führung eines Angriffskrieges gegen Israel. Im Gegenzug versprach Khaddam sich einzusetzen, dass auch Libyen und andere arabische Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR herstellten.

Die militärische Zusammenarbeit der DDR mit den arabischen Staaten erreichte damit eine neue Qualität. Nach dem Juni-Krieg 1967 forderten die arabischen Staaten von der DDR Waffen, um sich vor Angriffen Israels verteidigen zu können.

1971 hatte sich die Situation komplett gewandelt. Syrien plante zusammen mit der VAR einen Angriffskrieg gegen den jüdischen Staat. Dabei verfolgte Syrien sogar das Endziel, Israel zu vernichten. Der DDR musste also klar sein, dass jede zusätzliche Waffe in arabischen Händen die Region weiter destabilisierte und die jüdische Bevölkerung Israels im Falle einer militärischen Katastrophe der Rache Syriens auslieferte. Diese Bedenken spielten laut Aktenlage für den SED-Staat keine Rolle. Die DDR beschloss die bilateralen Beziehungen zu Syrien weiter auszubauen. Der Besuch Khaddams verlief für die DDR, so das Protokoll, „erfolgreich“.

Andrej Gromyko bestärkte Honecker auf der Tagung der Warschauer-Pakt-Staaten Ende 1971. Während der Außenministerkonferenz der Warschauer-Pakt Staaten forderte er die sozialistischen Staaten auf, zu überprüfen, „was noch unternommen werden kann, um die arabischen Staaten und ihren Kurs zur Liquidierung der Folgen der Aggression zu stärken.“⁹ Gleichzeitig war Gromyko über das Säbelrasseln der arabischen Staaten besorgt. Auch dort gäbe es Kräfte, die bereit wären, „jederzeit einen Krieg mit Israel zu beginnen.“ Deshalb müsste dazu beigetragen werden, den Arabern eine nüchterne Einschätzung der Lage im Nahen Osten zu vermitteln, „eine Einschätzung, die jeder leichtfertigen Handlung“ entbehrte. Allen Anschein war die Sowjetunion zu dem Ergebnis gekommen, die arabischen Staaten wären noch zu schwach, eine erneute militärische Auseinandersetzung mit Israel zu wagen. Dies sollte sich Anfang 1973 ändern. Trotz des widersprüchlichen Lage und der selbst für die Sowjetunion nur schwer zu verstehenden Politik des Staatspräsidenten der VAR, Anwar el-Sadat, stimmte Leonid Breschnew zumindest laut einem Gesprächsprotokoll im Parteiarchiv der SED den ägyptischen Kriegsplänen gegen Israel prinzipiell zu. Gegenüber Sadats Berater für Nationale Sicherheit, General Hafez Ismael, meinte der 1. Sekretär der KPdSU: Die Ägypter wären die Herren ihres Landes und ihrer Armee. „Wenn Sie der Meinung sind, dass Sie dazu vorbereitet sind, dann bitte. Aber wägen Sie ab. Wir sind der Meinung, dass Ägypten nicht vorbereitet ist.“¹⁰ Damit standen in Nahost erneut alle Signale auf Krieg.

⁹ Konferenz der Minister der Länder der Warschauer-Pakt Staaten in Warschau, 30.11.-01.12.1971. SAPMO-BA ZPA J IV 2/2A/1568. Arbeitsprotokoll des PB, 21.12.1971. SAPMO-BA ZPA J IV 2/2A/1568.

¹⁰ Vermerk über Gespräch mit Boris Ponomarjow in Moskau, 27.02.1973. SAPMO-BA ZPA IV 2/2.035/55. Hafez Ismael reiste vom 07.02. bis 10.02.1973 nach Moskau. Art. „Sowjetunion und Ägypten für gerechte Nahostlösung“, in: *ND*, 11.02.1973.

Strukturen der Israel-Politik der DDR bis zum Ausbruch des Krieges im Oktober 1973

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland lehnte es die DDR stets ab, Wiedergutmachung an den jüdischen Staat und die Überlebenden des Holocaust zu leisten. Eine Vergangenheitsbewältigung im Sinne einer offenen Diskussion über den Nationalsozialismus und eine daraus abgeleitete moralische Verpflichtung gegenüber dem jüdischen Staat wurde von der SED nicht zugelassen. Stattdessen verfolgte die DDR seit dem sogenannten Slansky-Prozess in der CSSR Ende 1952 im Gleichklang mit den sozialistischen Staaten eine aggressiv antizionistische Politik.

Im Suez-Krieg von 1956 wie auch beim Juni-Krieg 1967 stellte sich die DDR bedingungslos auf die Seite der arabischen Staaten. Allein aus diesem Grund war an eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Israel nicht zu denken. Dennoch galt für die gesamte Zeit der Existenz des SED-Staates von 1949 bis 1990 festzustellen: Obschon die DDR palästinensische Terrorgruppierungen wie auch die PLO unterstützte, bestritt der SED-Staat das Existenzrecht Israels nicht. Diese eingeschränkte Anerkennung Israels führte zwangsläufig zu einer Dauerkonfrontation mit dem Jüdischen Staat.

Wie feindselig das Nichtverhältnis der DDR mit Israel spätestens seit dem Juni-Krieg 1967 war, zeigte sich im Vorfeld der Aufnahme der Bundesrepublik wie auch der DDR in die Vereinten Nationen.

Anders als die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges lehnte Israel den Beitritt der DDR in die UNO ab. Israels Premierministerin Golda Meir begründete damals die Entscheidung ihrer Regierung in einem Zeitungsinterview. Entscheidend war hierbei das Verhalten der DDR in der Wiedergutmachungsfrage wie auch die einseitige Positionierung im Nahostkonflikt. Laut Meir hätte die DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik ihre Verantwortung für den Nationalsozialismus nicht anerkannt. Hinzu käme, „dass die DDR seit jeher gegenüber Israel eine Politik härtester Feindschaft“ verfolgte.¹¹

Ost-Berlin sah sich mit einer israelischen „Hetzkampagne“ konfrontiert.¹² Keinesfalls war die DDR gewillt, Wiedergutmachung zu zahlen. Die Forderungen Israels wären weder „unter sogenannten moralischen noch historischen noch rechtlichen Gesichtspunkten“ gerechtfertigt, stellte ein DDR-Positionspapier fest. Erwartungsgemäß versuchte Israel die einstimmige Aufnahme der DDR durch die Beantragung einer Abstimmung zu verhindern. Der Vertreter Israels bei der UNO ergriff das Wort und warf der DDR vor, sich ihren Verpflichtungen gegenüber dem jüdischen Volk zu entziehen. Zudem würde Ost-Berlin arabische Terrororganisationen unterstützen. Im Gegensatz dazu hätte die Bundesrepublik ein grundsätzlich anderes Verhältnis zum jüdischen Volk.¹³ Die Abstimmung über die Aufnahme der DDR konnte Israel indes nicht verhindern. Am 18. September wurde die DDR wie auch die Bundesrepublik Vollmitglied der UNO - trotz des erbitterten Widerstands Israels.

Erste politische Maßnahmen der DDR beim Ausbruch des Krieges

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, abgekürzt MfS, war über den Angriffsbeginn der Armeen Syriens und der VAR informiert. Das bewies eine Aktennotiz aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit. Am 5. Oktober 1973 meldete das MfS, „in den heutigen Nacht- bzw. in den Morgenstunden“ wäre mit „militärischen

¹¹ Zitiert nach Peter Dittmar, DDR und Israel. Ambivalenz einer Nichtbeziehung, Teil II, in: *Deutschland-Archiv*, S. 736-754, hier S. 737. Vgl. Hans Lindemann, Ost-Berlin und die Wiedergutmachung an Israel, in: DA 6(1973), S. 808-809.

¹² Positionspapier für die XXVIII. UNO-Vollversammlung, Stellungnahme zu den sogenannten Wiedergutmachungsforderungen Israels, o.D. AfR-82.

¹³ Arbeitsprotokoll des PB, 16.10.1973. SAPMO-BA ZPA J IV 2/2A/1722. Vgl. Information für die Mitglieder des ZK der SED, 27.09.1973. SAPMO-BA ZPA IV 2/1/477.

Handlungen“ gegen Israel zu rechnen.¹⁴ Stunden später begannen am 6. Oktober die Angriffe der arabischen Streitkräfte am Suezkanal und auf den Golanhöhen.

Die wenigen Dokumente im ehemaligen SED-Zentralarchiv belegten vor allem das Ausmaß der Zusammenarbeit zwischen der DDR und Syrien. Während 45.000 syrische Soldaten und 600 Panzer gegen die israelischen Stellungen anrücken, schrieb Syriens Staatschef Hafez al-Assad einen Brief an Willi Stoph. Erneut hätten die Aggressionstruppen Israels einen Angriff auf syrisches Territorium entfesselt. Da Syrien sein „legitimes Recht auf Selbstverteidigung“ verwirklichte, erwartete es nun die Unterstützung aller Völker, „die die Freiheit, die Gerechtigkeit und den Frieden“ liebten. Dazu zählte für Assad auch die DDR. „Auf dieser Grundlage“, hieß es weiter in dem Schreiben Assads, erwartete Syrien die Hilfe des SED-Staates.¹⁵

Die Reaktionen der DDR waren trotz der MfS-Meldung vom 5. Oktober an Eindeutigkeit nicht zu überbieten. Dies galt für die Politik von Staat, Partei und besonders offensichtlich: für die DDR-Medien. Am Tag nach dem Beginn des syrisch-ägyptischen Angriffs stellte das Zentralorgan der SED, die Zeitung *Neues Deutschland*, abgekürzt *ND*, auf der Titelseite wahrheitswidrig fest: „Schwere Angriffe Israels auf Ägypten, Syrien und Libanon“ In der Unterzeile des Artikels behauptete die Zeitung, die Truppen des israelischen Aggressors provozierten heftige Kämpfe, wobei Kairo und Damaskus Gegenangriffe meldeten.¹⁶ Am 8. Oktober informierte das *ND* seine Leser dann über 14 „schwere Aggressionsakte Tel Avivs“ seit 1970.¹⁷ Gleichzeitig druckte das Blatt die Verurteilung des „Aggressors“ durch die kommunistischen Parteien in Syrien und Libanon.¹⁸ Mit Journalismus hatten alle diese Artikel nichts mehr zu tun. Die Veröffentlichungen, Verlautbarungen und agitatorischen Maßnahmen verfolgten ein einziges Ziel: Stimmung gegen Israel und für die arabischen Staaten zu machen.

Nachdem klar war, dass die VAR wie auch Syrien ihre Brückenköpfe im Sinai und auf dem Golan behaupteten, verschärfte die SED ihre Kampagne. Das Politbüro ordnete auf Initiative von Erich Honecker an, antiisraelische Protestversammlungen in Betrieben und an DDR-Universitäten mit arabischen Studenten durchzuführen. Zudem ordnete das Politbüro an, die in Ägypten und Syrien „tätigen DDR-Spezialisten“ sollten vordringliche Unterstützung bei der Wiederinstandsetzung lebenswichtiger Objekte leisten.¹⁹

Überraschend waren alle diese Anstrengungen der DDR nicht. Ähnliche Medienkampagnen und Agitations- sowie beschränkte Hilfsmaßnahmen waren auch im Verlauf des Juni-Krieges 1967 festzustellen. Etwas ganz anderes waren die geheimen militärischen DDR-Hilfsleistungen, die noch während des Kriegs stattfanden.

Die geheime DDR-Militärhilfe an Syrien

Die völkerrechtswidrige Militärhilfe der DDR an Syrien während der heißen Phase des Krieges und in den ersten Tagen nach dem höchst instabilen Waffenstillstand war höchstwahrscheinlich eine direkte Folge des Kriegsverlaufes. Streitkräften der israelischen Armee gelang der Durchbruch im Golan an der Nordfront des Krieges. Wie im Juni 1967 bedrohten israelische Streitkräfte die syrische Hauptstadt Damaskus.

¹⁴ Meldung des MfS, 05.10.1973. MfS Z 2246.

¹⁵ Hafez al-Assad an Willi Stoph, 06.10.1973. Arbeitsprotokoll des PB, 16.10.1973. SAPMO-BA ZPA IV 2/2A/1721.

¹⁶ Art.: „Schwere Angriffe Israels auf Ägypten, Syrien und Libanon“, in: *ND*, 07.10.1973.

¹⁷ Art.: „Beschlüsse der UNO systematisch mißachtet“, in: *ND*, 08.10.1973.

¹⁸ Art.: „Kommunistische Parteien Syriens und Libanons verurteilen den Aggressor“, in: *ND*, 08.10.1973.

¹⁹ Beschluß des Politbüros zur Lage im Nahen Osten. Reinschriftenprotokoll des PB, 09.10.1973. SAPMO-BA ZPA J IV 2/2/1471.

Zudem mussten die syrische Armee enorme Verluste an Mensch und Material hinnehmen. Die neue militärische Lage spiegelte sich in dem Brief Assads wider: Je stärker Syrien sein Territorium verteidigte, desto mehr verstärkte Israel seine Aggressionen, schrieb Assad. Die Wende im Krieg verschwieg er indes. Angesichts der sich anbahnenden Niederlage, so Assad, „griff die israelische Luftwaffe zivile Objekte in unserem Land an und bombardierte Wohnungen der wehrlosen Zivilbevölkerung“. Der einzige Grund dieser Luftangriffe bestünde darin, „zu morden und zu zerstören, um unseren Land Verluste an Menschen und materiellen Werten zuzufügen.“²⁰

Assad beendete seinen Brief mit dem Satz: „Die bestialischen Verbrechen Israels können unsere Entschlossenheit nicht ins Wanken bringen und die Moral unseres Volkes nicht antasten, wie es die Führer Israels hoffen.

Etwa zur gleichen Zeit erteilte Erich Honecker dem Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Armeegeneral Heinz Hoffmann, die Aufgabe die Bereitstellung von „Kampftechnik und Munition aus Beständen der Nationalen Volksarmee zur Unterstützung der ägyptischen und syrischen Streitkräfte“ zu prüfen. Am 13. Oktober schickte Hoffmann an Honecker eine umfangreiche Liste mit Waffen, die den kriegführenden arabischen Ländern Syrien und Ägypten zur Verfügung gestellt werden könnte. Darunter befand sich neben 62 Panzern vom Typ T-54, Munition und Technik für 3 Flugabwehrraketenabteilungen auch eine Staffel „Jagdflugzeuge des Typs MiG-21 F 13“. Nur einen Tag später, am 14. Oktober, stimmte Honecker mit seinem markanten, handschriftlichen „EH Einverstanden“ den Vorschlägen zu.²¹

Währenddessen geriet im Sinai der ägyptische Vormarsch ins Stocken. Am 14. Oktober scheiterte die ägyptische Offensive. Ägypten verlor eine der größten Panzerschlachten der Geschichte. Einen Tag später überquerten israelische Panzer den Suez-Kanal. Auf der Sitzung vom 16. Oktober bekräftigte das SED-Politbüro seine proarabische Haltung ein weiteres Mal und verabschiedete ein umfangreiches humanitäres Maßnahmenpaket. So sollten verwundete Armeeangehörige Syriens und Ägyptens in DDR-Krankenhäusern behandelt werden. Eine Ärztegruppe und Pflegepersonal würde nach Syrien entsandt werden.²² Willi Stoph erhielt zudem den Auftrag, Assads Briefe zu beantworten. Erwartungsgemäß stellte Stoph in seinem Brief in aller Klarheit fest, die DDR würde „alles in ihren Kräfte Stehende tun“ um den Kampf Syriens gegen die „imperialistisch-zionistische Aggression wirksam zu unterstützen.“²³ Wichtigster Belege für die umfangreiche Militärhilfe, die die DDR Syrien im Oktober 1973 gewährte, war neben dem Hoffmann-Schreiben vom 13. Oktober ein persönlich unterzeichneter Brief von Erich Honecker an Hafez el-Assad vom 3. November 1973. Der Brief wurde in den Unterlagen des Büros von Hermann Axen (1916-1992) entdeckt. Hermann Axen zählte zu den wenigen Vertrauten von Erich Honecker. 1963 wurde Hermann Axen Kandidat, 1970 Mitglied im Politbüro des Zentralkomitees der SED. Zum Verantwortungsbereich Axens zählten die internationalen Beziehungen der SED. In dem vorliegenden Schreiben, das ohne Zweifel als ein Schlüsseldokument ostdeutscher Nahostpolitik charakterisiert werden konnte, bestätigte Erich Honecker umfangreiche Waffenlieferungen der DDR an Syrien.²⁴ Zur „Unterstützung ihres gerechten

²⁰ Hafez al-Assad an Willi Stoph, 11.10.1973. Arbeitsprotokoll des PB, 16.10.1973. SAPMO-BA ZPA IV 2/2A/1721.

²¹ Armeegeneral Heinz Hoffmann an Erich Honecker, 13.10.1973. Bundesarchiv Militärarchiv DVW 1/114483.

²² Beschluß des Politbüros zur Lage im Nahen Osten. Arbeitsprotokoll des PB, 16.10.1973. SAPMO-BA ZPA IV 2/2A/1721. Vgl. Arbeitsprotokoll des Sekretariats des ZK der SED, 16.10.1973. SAPMO-BA ZPA J IV 2/3A/2408.

²³ Vom Politbüro bestätigter Briefentwurf von Willi Stoph an Hafez al-Assad. Arbeitsprotokoll des PB, 16.10.1973. SAPMO-BA ZPA IV 2/2A/1721.

²⁴ Erich Honecker an Hafez al-Assad, 03.11.1973. SAPMO-BA ZPA IV 2/2.035/147.

Freiheitskampfes“, teilte Honecker Assad mit, wäre unter anderem folgende Militärtechnik zur Verfügung gestellt worden: 62 mittlere Panzer vom Typ T-54 AM mit 3 Kampfsätzen Munition; des weiteren 300 Panzerbüchsen RPG-7 mit 4 Kampfsätzen Munition (24.000 Schuss), 74.500 Granaten sowie 30.000 Panzerminen vom Typ TM-46.²⁵

Zudem bestätigte Honecker in dem Schreiben die Übergabe von Abfangjagdflugzeuge des Typs MiG-21 im Bestand von 12 Flugzeugen mit dazugehöriger Bodenausrüstung und 3 Kampfsätzen Munition und Flugzeugetraketen zur Verfügung.

Auffallend war: Die Entsendung von 12 Piloten sowie rund dreißig weiteren Soldaten als technisches Personal der Nationalen Volksarmee, abgekürzt NVA erwähnte Honecker nicht. Ausgangs- und Endpunkt dieser bis heute selbst in deutschen Fachkreisen weithin unbekanntem Operation, die in verschiedener Hinsicht internationales Kriegsrecht brach, war der rund Kilometer Meilen östlich von Berlin und nahe der polnischen Grenze gelegene Militärflughafen Marxwalde.

Auf der 1992 still gelegten militärischen Einrichtung nahe der Gemeinde Neuhardenberg landete seitdem nur mehr selten ein Flugzeug. Doch vor der deutschen Wiedervereinigung waren in der riesigen Luftwaffenbasis mit der langen Landebahn drei Staffeln MiG sowie die Regierungsfliiegergeschwader 44 der DDR stationiert. Ohne Zweifel konnte Marxwalde als eine der wichtigsten Luftwaffenstützpunkte der NVA bezeichnet werden.

Im Oktober 1973 war der Flugplatz Marxwalde Schauplatz einer wohl einzigartigen Episode des Kalten Krieges im geteilten Deutschland.²⁶ Was war geschehen? Wenige Tage nach Stophs Brief an Assad wurde in Marxwalde Gefechtsalarm ausgelöst. Allen Anwesenden war klar: Es handelte sich nicht um eine Übung. Der Flugplatz wurde hermetisch abgeriegelt. Die Soldaten durften das Kasernengelände nicht mehr verlassen. Eine Kontaktaufnahme zu den Familien war verboten. Verblüfft stellten die Soldaten fest: weitere Aufträge werden zunächst nicht erteilt.

Dann hieß es unvermittelt: zwölf MiG-21 Flugzeuge wären zu zerlegen, die Hoheitsabzeichen sowie sämtliche deutschsprachige Schriften abzubeizen und anschließend zum Transport vorzubereiten. Die Techniker wussten: bei den MiG-21 Maschinen in Marxwalde handelte es sich um Exportversionen, die gleichen Typen werden auch von verbündeten Streitkräften der Sowjetunion außerhalb des Warschauer Paktes geflogen. Dazu zählten Anfang der 1970er Jahre auch Staaten wie Syrien oder Ägypten.

Bei den MiG-21 handelte es sich um sehr robuste Flugzeuge. Für einen Transport mussten lediglich die Flügel sowie das Heck wie auch Heckflügel abgeschraubt werden. Die komplette Demontage wäre für ein gut eingespieltes Team leicht an einem Tag zu bewerkstelligen gewesen. Warum und wieso eine Staffel MiG 21 demontiert wurde, erfuhren die beteiligten Soldaten der Luftstreitkräfte nicht.

Für einen kleinen Kreis „ausgewählter Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere“ des Jagdfliegergeschwaders 8 wurde ein Antreten befohlen. Selbst als der Kommandeur der Einheit vor einer Karte des Mittleren Ostens stehend ankündigte, Soldaten für einen Einsatz im Ausland zu suchen, wurden keine weiteren Details mitgeteilt. Dennoch: Es meldeten sich

²⁵ Ibid. Wie und vor allem wann dieses Kriegsgerät vom Territorium der DDR nach Syrien transportiert wurde, konnte bis heute nicht geklärt werden.

²⁶ Da leider weder offizielle Unterlagen noch private Aufzeichnungen zum Ablauf dieser Mitte bis Ende Oktober beginnenden Geheimoperation vorliegen, sind Aussagen von Zeitzeugen die einzige Quelle von Entscheidungen und Handlungsabläufen, die die DDR zum de facto Teilnehmer des Yom-Kippur-Krieges machten. Sofern nicht vermerkt stützt sich dieser Absatz auf Interviews mit den Zeitzeugen und NVA-Veteranen Brucke, Richter und Hoth am 6. August und 23. September 2008 in Neuhardenberg, Brandenburg.

sofort genügend Männer, die bereit waren, an der geheimen und selbst ihnen noch unbekanntem Operation teilzunehmen.²⁷

Die endgültige Auswahl der Soldaten erfolgte offensichtlich nach Kriterien, die das Risiko einer Flucht oder gar eines Überlaufens in den Westen möglichst gering halten sollte: Keine Westverwandtschaft, verheiratet und Kinder, sowie politische Zuverlässigkeit waren unabdingbare Voraussetzung für die Teilnahme an der Geheimmission. Eine endgültige Bestätigung erfolgte durch das Ministerium für Staatssicherheit.

Die nun mehr ausgewählten Soldaten legten ihre NVA-Uniformen ab und erhielten im Gegenzug „Phantasieuniformen“, die in etwa den Anzügen der zivilen DDR-Handelmarine entsprachen. Zur Selbstverteidigung wurden die nunmehr zivilen Angehörigen der DDR-Handelmarine mit Pistolen ausgestattet. Im Speisesaal erläuterte der Chef des LSK/LV, Generalmajor Wolfgang Reinhold, mit einer Landkarte die militärische Lage in Nahost. Den Soldaten wurde mitgeteilt, es handelte sich um eine „Hilfsaktion“. Konkrete Angaben aber wurden wiederum nicht gemacht.²⁸

Nun konnte der entscheidende Teil der Mission beginnen: Nacheinander landeten in Marxwalde insgesamt vier mal vier zivile sowjetische Transportmaschinen vom Typ Antonov An-12. In jeweils drei An-12 wurde eine zerlegte MiG-21 geladen, in die vierte AN-12 die Ausrüstung und Personal.

Die als zivil gekennzeichneten An-12 flogen zunächst nach Budapest in Ungarn. Laut der Erinnerung eines Zeitzeugen handelte es sich vermutlich um den 22. oder 23. Oktober 1973. An diesen Tagen wurde in Nahost noch gekämpft. Auf dem ungarischen Flugplatz befand sich eine riesige Anzahl von Militärflugzeugen. Ein Hinweis, dass auch andere Warschauer-Pakt-Staaten Hilfslieferungen an die kriegführenden arabischen Staaten verschickten. Zudem stand in Budapest ein Transportflugzeug aus Marxwalde bereit. Denn erst jetzt erfuhren die NVA-Angehörigen das endgültige Einsatzgebiet: Syrien. Kein einziger Soldat bestieg das Flugzeug; trotz der Versicherungen der Vorgesetzten, wer zurückwollte, würde keine Repressalien erleben.

Nach dem Zwischenstopp flogen die rund 40 Männer aus Neuhardenberg, darunter auch die zwölf Piloten weiter nach Aleppo im Norden Syriens. Kurz zuvor war der Flughafen von israelischen Jets angegriffen worden. Gleich bei ihrer Ankunft sahen die Soldaten aus der DDR die Überreste eines ausgebrannten Transportflugzeugs.²⁹

Dennoch: Geheimhaltung spielte bei dieser Mission anscheinend keine große Rolle: Die NVA-Soldaten in ihren Marineuniformen wurden außerhalb der Basis in einem Hotel in Aleppo untergebracht. Ein Bus brachte sie jeden morgen in die Basis der syrischen Luftwaffe. Der freundliche arabische Busfahrer wählte jeden Tag eine andere Fahrtstrecke, um den Soldaten ein wenig die Stadt zeigen zu können.

Am Abend hatten die ostdeutschen Soldaten Ausgang. Jeder erhielt \$ 20 Handgeld, die vor Ort in syrische Pfund umgewechselt wurden; genug Geld um in der Altstadt von Aleppo zu bummeln und in der DDR kaum erhältliche Mitbringsel für die Familie zu kaufen. Einige schreiben nach Hause sogar Postkarten. Ein touristischer Ausflug wurde lediglich aus Zeitgründen abgesagt. Die Reise nach Aleppo war für die Beteiligten eine unverhoffte

²⁷ Dietbert Lang, Horst Materna, Der Flugplatz Neuhardenberg-Marxwalde-Neuhardenberg. Vom geheimen Einsatzhafen des Dritten Reichs zum Regierungsflughafen der DDR, Verlag Willmuth Arenhövel, Berlin 2004, S. 45 u. 50.

²⁸ Dietbert Lang, Horst Materna, Der Flugplatz Neuhardenberg-Marxwalde-Neuhardenberg. Vom geheimen Einsatzhafen des Dritten Reichs zum Regierungsflughafen der DDR, Verlag Willmuth Arenhövel, Berlin 2004, S. 45.

²⁹ Dietbert Lang, Horst Materna, Der Flugplatz Neuhardenberg-Marxwalde-Neuhardenberg. Vom geheimen Einsatzhafen des Dritten Reichs zum Regierungsflughafen der DDR, Verlag Willmuth Arenhövel, Berlin 2004, S. 50.

Abwechslung vom Alltag. Welch unvorstellbare politische Folgen ihre Mission haben könnte, war den Soldaten damals völlig unbekannt.

Der Zusammenbau und die technische Überprüfung der MiG-21 dauerten zwei bis drei Tage pro Flugzeug. Anschließend, so die Erinnerungen eines Zeitzeugen erhielten die 12 MiG-21 Jets sandfarbenen Anstrich mit syrischen Hoheitsabzeichen. Als die Maschinen einsatzbereit waren, schweigen an der Golan- und Suez-Front vermutlich bereits die Waffen. Doch die militärische Lage war nach wie vor höchst angespannt. Jederzeit konnten Kampfhandlungen aufs Neue ausbrechen; am Boden und in der Luft. In dieser höchst gefährlichen Situation bestiegen die NVA-Piloten ihre Maschinen für einen Überprüfungsflug. Zu leicht hätte es in dieser Situation zu einem Luftkampf mit israelischen Phantom-Jets kommen können. Die MiGs waren vollständig bewaffnet, inklusive Raketen. Hierbei handelte es sich um einen weiteren Bruch des Kriegsvölkerrechtes.

Zuvor lernten die Piloten noch einige Brocken arabisch; vermutlich aus Gründen der operativen Absicherung vor zu vermuteten feindlichen Abhörversuchen. Die Probeflüge funktionierten ohne Probleme. Schließlich wurden die Flugzeuge an „syrische Piloten, die perfekt russisch sprachen“, so ein Zeitzeuge übergeben. Höchstwahrscheinlich handelte es sich um Angehörige der Roten Armee

Anschließend kehrten die NVA-Soldaten über Budapest an Bord einer Antonov An-12 nach Marxwalde zurück. Der Flugplatz war noch immer hermetisch abgeriegelt. Geschätzte acht bis zehn Tage seit dem Abflug der Maschinen waren seitdem vergangen. Anders als in Aleppo herrschte hier noch immer strikte Geheimhaltung. Die zurückgebliebenen Soldaten wussten noch immer nichts über den Zielort der geheimen Operation. Erst allmählich sprach sich unter den Luftstreitkräften herum, warum zwölf MiG-21 Flugzeuge demontiert und abtransportiert wurden.

Zusammenfassung

Das ostdeutsche Selbstbewusstsein kannte im Herbst 1973 keine Grenzen. Nur in diesem Zusammenhang war auch die nur mehr als ebenso gefährlich wie völkerrechtswidrig zu bezeichnende Entsendung von Waffen wie Militär nach Syrien zu verstehen. Die DDR rechnete sogar damit, Soldaten für die UN-Friedenstruppe zu stellen. Am 30. Oktober beauftragte das Politbüro Verteidigungsminister Heinz Hoffmann, entsprechende Vorbereitungen zu treffen.³⁰ Eine groteske Vorstellung: NVA-Soldaten auf dem Golan. Niemals hätte die israelische Regierung der Stationierung von deutschen Soldaten an der Demarkationslinie zu Syrien zugestimmt.

Sechs Tage später, am 6. November 1973 brachte ein Bus die Teilnehmer der geheimen Operation nach Strausberg im Osten der geteilten Halbstadt Berlin. Als Zeichen der Anerkennung erhielten die Soldaten im Namen des Ministerrates der DDR die Medaille der Waffenbrüderschaft in Gold und Silber.

Indes, über die politische und militärische Lage wurden die ausgezeichneten Soldaten nie informiert; nicht vor, nicht während und nicht nach dem Einsatz in Aleppo. In den Chroniken des Jagdfliegergeschwaders 8 fanden sich nur vereinzelte Hinweise auf den Syrien-Einsatz. Die Dokumente bestätigten die Aussagen der Zeitzeugen, wonach sich die Einheit in Marxwalde im Oktober 1973 in „erhöhter Gefechtsbereitschaft“ befand. Mit der militärischen Disziplin der Soldaten in Syrien war die militärische Führung zufrieden: „Besonders hervorzuheben war eine feste Position zum proletarischen Internationalismus und eine klare Klassenhaltung zur Aggression Israels im Oktober 1973 im Nahen Osten.“³¹

³⁰ Reinschriftenprotokoll des PB, 30.10.1973. SAPMO-BA ZPA J IV 2/2/1474.

³¹ Chronik des Jagdfliegergeschwaders 8 für die Ausbildungsjahre 1969/70-1972/73, Dezember 1969 bis November 1973, Blatt 241 und Blatt 254. Vorläufige Signatur: Bundesarchiv Militärarchiv VA-02/30874.

Indes: Kein militärischer Vorgesetzter, kein Verantwortlicher in Staat und Partei klärte die Freiwilligen jemals darüber auf, dass ihr Einsatz in mehrfacher Hinsicht ein klarer Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht war.

In diesem Zusammenhang war rückblickend festzustellen: Die NVA-Soldaten trugen keine Uniformen der Streitkräfte der DDR, sondern eine zivile „Phantasieuniform“ der DDR-Handelsmarine. Die MiG-21 Jets waren beim Transport und beim Erprobungsflug nicht als Bestandteil der NVA zu erkennen. Schließlich wurde der Transport des militärischen Personals wie auch der MiG-21 in einem zivilen Flugzeug durchgeführt. Alle diese Maßnahmen hatten zum Ziel, die Anwesenheit und somit die Beteiligung der NVA an dem Oktober-Krieg zu verschleiern.

Dennoch: Viele Details dieser militärischen Operation blieben bis heute unbekannt. Die wirklichen Verantwortungsträger sind nicht mehr am Leben. Befehlsketten und Entscheidungsverläufe auf militärischer wie auch politischer Ebene konnten deshalb bislang nicht im Detail rekonstruiert werden. Dies galt insbesondere für die Rolle der Sowjetunion. Nur so viel ist heute klar: Ohne es zu wirklich zu begreifen, nahmen deutsche Soldaten 28 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges an einem Angriffskrieg gegen den jüdischen Staat teil. Jenseits der moralischen Probleme, die dieser Einsatz aufwarf, stellte sich die Frage: Was wäre wohl geschehen, hätten Israel oder die USA die Anwesenheit von NVA-Soldaten auf dem syrischen Kriegsschauplatz bemerkt? Die politischen und militärischen Folgen dieser Aktion, die im schlimmsten Fall die Verwicklung der NVA-Piloten in Kampfhandlungen einschloss, wären unabsehbar gewesen.